

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18



Positionspapier der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, 16. Februar 2016

Armut bekämpfen, soziale Gerechtigkeit stärken, Teilhabe schaffen

Inhaltsverzeichnis

- Grundstein für die Zukunft – gute Chancen für die Kleinsten schaffen.....4
- Investitionen in Bildung reduzieren systematisch das Armutsrisiko.....6
- Wege aus der Armut – Erwerbsbeteiligung verbessern.....8
- Wohnungslosigkeit entschieden bekämpfen – Wohnungslose brauchen eine Lobby.....11
- Gleiche Chancen auf eine gute Gesundheit für alle Berlinerinnen und Berliner.....15
- Gegen Armut im Alter: Aktiv im Kiez eingebunden – und zwar alle.....18
- In der ganzen Stadt mobil – unabhängig vom Einkommen.....21
- Chancengerechtigkeit schaffen – Diskriminierung überwinden.....22

19 **Abstract**

20 Wir von Bündnis 90/Die Grünen sehen in der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung eine
21 Schlüsselaufgabe für das wachsende Berlin. Nur unter Berücksichtigung der vielen Dimensionen von
22 Armut kann die richtige politische Antwort gegeben werden: es braucht eine abgestimmte, **ressort-
23 übergreifende Handlungsstrategie**. Das erfordert koordinierte Maßnahmen in verschiedenen Politik-
24 feldern, die von Politik, Verwaltung, Trägern und Verbänden, Fachleuten und im Dialog mit Betroffe-
25 nen in gemeinsamen Gremien zielgerichtet erarbeitet und in verbindlichen Schritten umgesetzt wer-
26 den müssen. Eine besondere Bedeutung haben für uns Grüne, neben einem guten Hilfesystem für
27 akute Krisensituationen, vor allem **präventive Maßnahmen**, also die Verhinderung von sozialer Un-
28 gleichheit durch die Bekämpfung der Ursachen. Alle Maßnahmen können nur Erfolg haben, wenn da-
29 bei die vorhandenen Ressourcen im **Sozialraum** erkannt, genutzt und miteinander vernetzt werden.
30 Als Planungsgrundlage brauchen wir Daten, die die Zusammenhänge unterschiedlicher Lebenslagen
31 der Menschen sichtbar zu machen. Wir halten den „**Entwurf für eine integrierte Armuts- und Sozial-
32 berichterstattung**“ der Landesarmutskonferenz Berlin für eine zentrale Voraussetzung, um Armut res-
33 sortübergreifend und nachhaltig abbauen zu können.

34 Schon im Jahr 2010 hat die Landesarmutskonferenz in einer Resolution eine gesamtstädtische Strate-
35 gie zur Überwindung von Armut und sozialer Ausgrenzung von der Politik gefordert. Passiert ist trotz
36 mehrerer Ankündigungen durch den Senat bis heute nichts. Wir von Bündnis 90/Die Grünen gehen
37 deshalb voran und schlagen hiermit für die verschiedenen Politikbereiche konkrete Maßnahmen vor,
38 um Armut und soziale Ausgrenzung in Berlin wirksam zu bekämpfen und mehr Chancengleichheit zu
39 schaffen. Sowohl Geflüchtete als auch die Belange besonders armutsgefährdeter bzw. armer Gruppen
40 wie Langzeiterwerbslose, Alleinerziehende, kinderreiche Familien, ZuwanderInnen aus Europa, denen
41 in ihren Herkunftsländern die Lebensgrundlage entzogen wurde, Menschen mit Migrationshinter-
42 grund, Menschen mit Behinderung und zunehmend auch ältere Menschen berücksichtigen wir dabei
43 in den einzelnen Handlungsfeldern direkt mit.

44 **Grundstein für die Zukunft – gute Chancen für die Kleinsten schaffen**

45 Die Armut von Kindern und Jugendlichen beginnt mit der Armut der Familien. Sie beeinflusst potenzi-
46 ell die gesamte Entwicklung, belastet die Gesundheit, schränkt Teilhabemöglichkeiten ein und schmä-
47 lert die Bildungschancen eines Menschen von Anfang an. Es muss alles getan werden, um für Kinder
48 und Jugendliche Chancengerechtigkeit zu gewährleisten. Wir Grüne fordern dafür unter anderem ein
49 rechtskreisübergreifendes Netzwerk, die Verbesserung der sozialen Infrastruktur und für jedes Kind
50 einen wohnortnahen Kitaplatz mit guter Betreuungsqualität.

51 **Investitionen in die Bildung reduzieren systematisch das Armutsrisiko**

52 Wer frühzeitig und nachhaltig in Bildung investiert, wird auf Dauer das Armutsrisiko Stück für Stück
53 senken. Dies setzt in der frühkindlichen Bildung in der Kita an und muss über die Grundschule bis zum
54 Abschluss nahtlos fortgesetzt werden. Deswegen wollen wir u. a. die Grundschulen stärken, Migran-
55 tInnen und geflüchtete Kinder gezielt zu fördern und Oberstufenzentren zu Schlüsselinstitutionen ge-
56 gen Armut machen.

57

58 **Wege aus der Armut – Erwerbsbeteiligung verbessern**

59 Zukunftsfähige Arbeitsplätze und die erfolgreiche Integration von Arbeitssuchenden in den ersten Ar-
60 beitsmarkt sind die Hauptziele zur Prävention von Armut. Jeder Mensch hat das Recht auf eine Exis-
61 tenz sichernde Arbeit, die fair bezahlt und auf der Grundlage guter Arbeitsbedingungen gestaltet ist.
62 Dafür wollen wir Grüne mehr Qualifizierung vor und für Beschäftigung, ein Landesbeschäftigungspro-
63 gramm für GrundsicherungsempfängerInnen und mehr Maßnahmen für einen inklusiven und sozialen
64 Arbeitsmarkt.

65 **Wohnungslosigkeit entschieden bekämpfen – Wohnungslose brauchen eine Lobby**

66 Der Verlust des eigenen Wohnraums ist eine besondere und existenziell bedrohende Dimension der
67 Armut. Wir wollen das Problem zunehmender Wohnungslosigkeit endlich in den Fokus der Sozial-
68 und Wohnungspolitik rücken. Dazu schlagen wir Maßnahmen für eine bessere Prävention von Wohn-
69 raumverlust vor, wollen das akute Hilfesystem ausbauen und auf verschiedene Bedarfsgruppen aus-
70 richten und zeigen verschiedene Wege auf, wie mehr Wohnraum für arme und armutsgefährdete
71 Menschen gewonnen werden kann.

72 **Gleiche Chancen auf eine gute Gesundheit für alle Berlinerinnen und Berliner**

73 In Berlin lässt es sich leider genau beobachten: Menschen, die von Armut betroffen oder bedroht sind,
74 haben deutlich erhöhte Gesundheitsrisiken. Wir wissen, Gesundheit ist mehr als die Abwesenheit von
75 Krankheit. Um gleiche Chancen auf eine gute Gesundheit herzustellen, braucht es eine gezielte Förde-
76 rung der Gesundheit sozial benachteiligter Gruppen. Dafür schlagen wir eine gemeinsame Ausrich-
77 tung aller Programme zur Gesundheitsförderung auf gemeinsame Ziele 2025 vor, fordern eine grund-
78 legende Reform des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) und zeigen Lösungen für die Gesund-
79 heitsversorgung von Menschen ohne Krankenversicherung auf.

80 **Gegen Armut im Alter – aktiv im Kiez eingebunden, und zwar alle**

81 Eine eingeschränkte Teilhabe am sozialen Leben kann sowohl das Ergebnis von Armut sein, als auch
82 Notlagen weiter verstärken. Um soziale Ungleichheit abzubauen ist es also unerlässlich, eine aktive
83 Teilnahme ALLER Berlinerinnen und Berliner am gesellschaftlichen Leben konsequent zu fördern. Da-
84 für setzen wir Grüne auf eine bewusste Stadtentwicklung, die barrierefreie Begegnungsmöglichkeiten
85 schafft, und machen konkrete Vorschläge, wie das Zusammenleben der verschiedenen Generationen
86 in den Kiezen durch die Politik unterstützt werden kann, z. B. offene Mittagstische in Schulen oder Di-
87 gital-Kurse von Jüngeren für Ältere.

88 **In der ganzen Stadt mobil – unabhängig vom Einkommen**

89 In Berlin ist es für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben unerlässlich, über die Kiez-Grenzen hinweg
90 mobil zu sein. Dabei ist das auch eine Kostenfrage und für einkommensschwache Haushalte ist weder
91 das Auto noch der ÖPNV erschwinglich. Soziale Brennpunkte sind nicht selten schlecht an das öffent-
92 liche Verkehrsnetz angebunden und höheren Umweltbelastungen durch Lärm und Abgase ausgesetzt.
93 All das muss berücksichtigt und angegangen werden. Wir Grüne fordern u. a. günstigere Sozialtickets,
94 mehr soziale Kriterien beim Ausbau des ÖPNV und 30 Gratis-Minuten für Leihfahrräder.

96 **Chancengleichheit schaffen – Diskriminierung überwinden**

97 Es fällt schwer zu akzeptieren, aber auch im Jahr 2016, in der weltoffenen Stadt Berlin, ist eine „nicht-
98 deutsche Herkunft“ der Familie immer noch ein Hindernis für den sozialen Aufstieg. Besonders betrof-
99 fen sind viele der Süd-Ost-EuropäerInnen, die im Rahmen der Freizügigkeit vor Ausgrenzung in ihren
100 Herkunftsländern fliehen. Grüne Integrationspolitik hat als oberstes Ziel, Diskriminierung und Hinder-
101 nisse wirksam abzubauen, um eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.
102 Von zentraler Bedeutung ist für uns eine konsequente Anti-Diskriminierungspolitik, die Beschwerde-
103 stellen schafft, Personal von der Schule über die Job-Center bis in alle Verwaltungsbereiche schult und
104 die Barrieren für Menschen mit erkennbarem Migrationshintergrund konsequent abbaut. Wenn Berlin
105 als europäische Metropole bestehen will, muss Diskriminierung abgebaut werden.

106

107

* * * * *

108 Berlin befindet sich im Aufwärtstrend, erlebt einen starken Zuzug, es geht bergauf. Eine boomende
109 Stadt, ein Arbeitsmarkt im Aufwind, schlicht ein pulsierender Anziehungsmagnet für Touristen und
110 ExistenzgründerInnen aus aller Welt.

111 Das ist das Bild von Berlin, das die herrschende Berliner Koalition der Öffentlichkeit vorgaukeln will. In
112 der Tat hat sich die wirtschaftliche Lage der Stadt verbessert. Die Arbeitslosigkeit ist gesunken, viele
113 neue Jobs und Branchen sind entstanden und jährlich werden neue Rekorde an Besucherzahlen auf-
114 gestellt.

115 Was dabei verschwiegen wird: Ein großer Teil der Berlinerinnen und Berliner konnte von dem Auf-
116 schwung in der Stadt bisher nicht profitieren, stattdessen spitzt sich die soziale Spaltung weiter zu. Die
117 Armutsquote ist gestiegen, von 17 Prozent in 2006 auf 21,4 Prozent in 2013.¹ Die Erwerbslosigkeit ist
118 im deutschen Vergleich weiterhin sehr hoch², die Zahl der Langzeitarbeitslosen bleibt nahezu konstant
119 und jedes dritte Kind lebt in einer Bedarfsgemeinschaft nach SGB II.³ Wenn inzwischen beliebte Kieze
120 im Innenstadtbereich eine „soziale Aufwertung“ erfahren, darf das nicht darüber hinwegtäuschen,
121 dass parallel eine Verdrängung in die äußeren Stadtbezirke stattfindet. Soziale Brennpunkte ver-
122 schwinden nicht, sie verlagern sich lediglich geographisch oder haben sich sogar verfestigt.⁴

123 Das ist vor allem die Folge von politischem Versagen auf Landesebene. Der starke Zuzug von Men-
124 schen in den letzten Jahren macht die Versäumnisse der Sozialpolitik in der Vergangenheit nun noch
125 sichtbarer. Wo die vorhandenen Hilfesysteme schon vorher den Bedarf kaum decken konnten, stehen
126 sie bei der wachsenden Bevölkerung nun noch stärker unter Druck. Es rächt sich bitter, dass der sozia-
127 le Wohnungsbau schon vor Jahren aufgegeben und keine neuen Wohnungen gefördert wurden, dass
128 eine verfehlte Sparpolitik weite Teile der Verwaltung, insbesondere in den Bezirken, handlungsunfähig
129 gemacht hat und dass dringende Investitionen in die soziale Infrastruktur schon viel zu lange unterlas-
130 sen werden. Das alles ist das Resultat einer verantwortungslosen und unsozialen Landespolitik der
131 letzten drei Regierungen unter Rot-Rot und aktuell unter Rot-Schwarz.

132 Es braucht in Berlin eine entschiedene Kurskorrektur und eine soziale Steuerung der Entwicklung zu
133 einer der Metropolen zwischen Ost und West. Wir von Bündnis 90/Die Grünen sehen in der Bekämp-
134 fung von Armut und sozialer Ausgrenzung eine Schlüsselaufgabe für das wachsende Berlin. Verfestig-
135 te Ungleichheiten müssen endlich wirkungsvoll angegangen und neue Konflikte mit aller Kraft vermie-
136 den werden. Dabei muss es auch um eine gerechtere Verteilung der Ressourcen gehen, denn sie ist
137 eine zwingende Voraussetzung für eine solidarische Gesellschaft. Wir befinden uns in einer entschei-
138 denden Phase, um die richtigen Weichen zu stellen, damit sowohl die alteingesessenen Berlinerinnen
139 und Berliner als auch Neuankommende gleiche Teilhabechancen haben und in gleichem Maße vom
140 Aufschwung der Stadt profitieren können.

141

142 **Eine gemeinsame Strategie entwickeln**

143 Voraussetzung dafür ist in einem ersten Schritt das richtige Verständnis von Armut: sie darf nicht nur
144 in Zusammenhang mit einem geringen Einkommen gesehen werden, sondern bedeutet Unterversor-
145 gung und Benachteiligung in mehreren Lebensbereichen. In der Armutsforschung wird diese Betrach-

146 tung mit dem „Lebenslagenansatz“ verfolgt, an dem wir uns orientieren.⁵ Armut geht demnach
147 oftmals einher mit schlechten Wohnverhältnissen und einem erschwerten Zugang zum Woh-
148 nungsmarkt, ist verbunden mit eingeschränkten Teilhabechancen am Arbeitsmarkt und am so-
149 zialen und kulturellen Leben, mit geringeren Bildungschancen und einem erhöhten Gesund-
150 heitsrisiko. Nach dem Leitmotiv „Hilfe zur Selbsthilfe“ muss es in jedem Einzelfall das Ziel sein,
151 dass Betroffene durch passende Rahmenbedingungen und Unterstützungsangebote diese multi-
152 plen Problemfelder und die gesundheitlichen sowie psychischen Belastungen überwinden, ihre
153 Ressourcen entfalten und bestmögliche Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe erreichen kön-
154 nen.

155 Nur unter Berücksichtigung der vielen Dimensionen von Armut kann die richtige politische Ant-
156 wort gegeben werden: es braucht eine abgestimmte, ressortübergreifende Handlungsstrategie.
157 Das erfordert koordinierte Maßnahmen in verschiedenen Politikfeldern, die von Politik, Verwal-
158 tung, Trägern und Verbänden, insbesondere der LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohl-
159 fahrtspflege, Fachleuten und im Dialog mit Betroffenen in gemeinsamen Gremien zielgerichtet
160 erarbeitet und in verbindlichen Schritten umgesetzt werden müssen. Eine besondere Bedeutung
161 haben für uns Grüne, neben einem guten Hilfesystem für akute Krisensituationen, vor allem
162 präventive Maßnahmen, also die Verhinderung von sozialer Ungleichheit durch die Bekämp-
163 fung der Ursachen. So können Armutsrisiken frühzeitig verhindert werden. Das ist insbesondere
164 für Kinder und Jugendliche von Bedeutung, denn bei ihnen geht es um die Weichenstellung für
165 das ganze weitere Leben. Für die Zukunft der gesamten Gesellschaft ist es entscheidend, dass
166 dabei kein Kind auf der Strecke bleibt.

167 Zwar sind wesentliche Instrumente zur Armutsbekämpfung auf Bundesebene verankert, näm-
168 lich die Systeme zur sozialen Sicherung wie Renten-, Arbeitslosen- und Sozialversicherung.
169 Doch auch auf Landesebene befinden sich wichtige Hebel, um das Lebensumfeld der Menschen
170 so zu gestalten, dass soziale Benachteiligung abgebaut werden kann: Eine nachhaltige und be-
171 darfungsgerechte Wohnungspolitik, die für ausreichend preiswerten Wohnraum sorgt und Woh-
172 nungslosigkeit vermeidet. Eine Arbeitsmarktpolitik, die Instrumente bereithält, um benachteilig-
173 te Gruppen erfolgreich in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Vorausschauende Bildungspolitik, die
174 Chancengleichheit für die Zukunft schafft. Eine Gesundheitspolitik, die den Zugang zur Gesund-
175 heitsversorgung für Alle sicherstellt und Gesundheitsrisiken verringert. Umsichtige Mobilitäts-
176 politik und Förderung von Netzwerken und Engagement vor Ort, um die Teilhabe am gesell-
177 schaftlichen Leben zu unterstützen. Eine Integrationspolitik, die struktureller Diskriminierung
178 entgegenwirkt und für gleiche Chancen sorgt.

179

180 **Wir brauchen eine integrierte Armuts- und Sozialberichterstattung**

181 Bei allen Vorhaben auf Landesebene darf nicht vergessen werden, dass das unmittelbare Leben-
182 sumfeld der Menschen, der sogenannte Sozialraum, die Lebensbedingungen im Alltag prägt.
183 Deswegen können alle Maßnahmen nur Erfolg haben, wenn dabei die vorhandenen Ressourcen

184 im Sozialraum erkannt, genutzt und miteinander vernetzt werden. Das aktuelle Engagement
185 vieler Berlinerinnen und Berliner für die Integration der Geflüchteten zeigt auf, wie groß dabei
186 das Potenzial an Hilfsbereitschaft und Solidarität überall in der Stadt ist. Grundlage ist neben
187 der Einbindung der beteiligten Menschen vor Ort vor allem eine gute Datenbasis über die Aus-
188 gangslage. In Berlin existiert eine Vielzahl an unterschiedlichen Datensätzen, Berichten und Sta-
189 tistiken. Es fehlt jedoch eine Zusammenführung und Verknüpfung dieser Daten, um die Zusam-
190 menhänge unterschiedlicher Lebenslagen der Menschen derart sichtbar zu machen, dass zielge-
191 richtet Unterstützungsangebote bereitgestellt sowie ausgebaut werden können. Die Landesar-
192 mutskonferenz Berlin hat mit ihrem „Entwurf für eine integrierte Armuts- und Sozialberichter-
193 stattung“ ein Konzept vorgelegt, das Abhilfe schaffen kann. **Wir unterstützen das Konzept und**
194 **halten es für ein schweres politisches Versäumnis, dass der Senat es bisher nicht aufgegriffen**
195 **hat.**

196 Der Senat war bisher nicht willens, eine Strategie zur Armutsbekämpfung vorzulegen, obwohl
197 die Landesarmutskonferenz diese Forderung schon 2010 in einer Resolution erhoben hat.⁶ Der
198 Senat hat zwar 2013 vollmundig angekündigt, sich in dieser Legislaturperiode „insbesondere
199 der Bekämpfung von Armut zu widmen“. Er wollte dafür eine ressortübergreifende Arbeits-
200 gruppe bilden und zeitnah „Leitlinien des Senats zur Bekämpfung von Kinderarmut und Verbes-
201 serung gesellschaftlicher Teilhabechancen“ vorlegen.⁷ Ergebnisse liegen jedoch bis heute nicht
202 vor, das haben wir zuletzt durch unsere Nachfragen in den Haushaltsberatungen erfahren müs-
203 sen.⁸

204 Wir von Bündnis 90/Die Grünen gehen deshalb voran und schlagen hiermit für die verschiede-
205 nen Politikbereiche konkrete Maßnahmen vor, um Armut und soziale Ausgrenzung in Berlin
206 wirksam zu bekämpfen und mehr Chancengleichheit zu schaffen.

207 Zu den hauptsächlich betroffenen gesellschaftlichen Gruppen, die ein erhöhtes Armutsrisiko ha-
208 ben, zählen wir Menschen im Transferleistungsbezug, und hier besonders: Langzeiterwerbslose.
209 Des Weiteren sind Alleinerziehende, kinderreiche Familien, Menschen mit Migrationshinter-
210 grund, BürgerInnen europäischer Länder, die vor Ausgrenzung fliehen, Menschen mit Behinde-
211 rung und zunehmend auch ältere Menschen stärker von Armut betroffen als andere Gruppen.
212 Auch psychische Erkrankungen, Suchtproblematiken und Straffälligkeit können unmittelbare Ur-
213 sachen für Armutslagen sein. Besonders im Fokus stehen derzeit natürlich Geflüchtete, von de-
214 nen eine große Anzahl in Berlin bleiben wird und deren Integration einer besonderen Aufmerk-
215 samkeit bedarf. Einerseits haben sie durch Arbeitsverbote und Sprachbarrieren ein systemati-
216 sches Armutsrisiko, andererseits darf Flucht nicht automatisch mit Armut gleichgesetzt werden.
217 Wenn sie die entsprechenden Bedingungen vorfinden, können Geflüchtete in kurzer Zeit selbst
218 in der Lage sein, gut für sich zu sorgen und gleichzeitig eine wichtige Unterstützung für unsere
219 Gesellschaft zu werden. Wir sehen und berücksichtigen die besonderen Bedarfe der genannten
220 Gruppen, verstehen sie aber gleichzeitig als integrativen Teil der Gesamtbevölkerung und be-
221 schäftigen uns mit ihrer Situation nicht in gesonderten Kapiteln, sondern berücksichtigen sie in

222 den einzelnen Handlungsfeldern, sofern eine Unterscheidung erforderlich und sinnvoll ist. Wei-
223 tergehende Aspekte der Flüchtlingspolitik behandeln wir in einem eigenen Papier.

224 Neben den einzelnen Gruppen gilt es zu bedenken: Berlin ist eine Metropolregion. Es gibt im-
225 mer stärkere Pendel- und Wanderbewegungen aus Brandenburg sowie aus dem EU-Ausland
226 und Drittstaaten. Umsichtige Sozialpolitik muss sich stärker als bisher darauf einstellen, u. a.
227 durch die interkulturelle Öffnung der bestehenden Angebote und ausreichend Sprachmittlung..

228

229 **Grundstein für die Zukunft – gute Chancen für die Kleinsten schaffen**

230 Die Armut von Kindern und Jugendlichen beginnt mit der Armut der Familien. Kinder von ein-
231 kommenschwachen Familien wachsen oft in beengten Wohnverhältnissen auf, häufig sind die
232 Eltern überschuldet, die Möglichkeiten zur Teilhabe an Bildung, Freizeit und an kulturellen An-
233 geboten sind dann sehr eingeschränkt. Bei Kindern und Jugendlichen beeinflusst Armut potenzi-
234 ell die gesamte Entwicklung. Sie belastet die Gesundheit, schränkt Teilhabemöglichkeiten ein
235 und schmälert die Bildungschancen eines Menschen von Anfang an. Deshalb können aus armen
236 Kindern arme Erwachsene mit schlechten Chancen am Arbeitsmarkt werden, die wieder arme
237 Kinder bekommen. Es muss alles getan werden, um für diese Kinder und Jugendlichen Chan-
238 cengerechtigkeit zu gewährleisten, damit sie nicht in den beschriebenen Teufelskreis geraten.

239 In Berlin sind besonders viele Kinder von Armut betroffen. Mehr als jedes vierte Kind wächst in
240 einem Haushalt auf, dessen Einkommen unterhalb der Armutsrisikogrenze liegt.⁹ Viele arme Fa-
241 milien sitzen in der Schuldenfalle, und als schlimmste Folge dieser Überschuldung droht bei
242 Mietschulden schnell die Wohnungslosigkeit. Immer mehr Berliner Kinder sind von Wohnungs-
243 losigkeit betroffen, bis zu 2.500 Kinder sollen nach Berechnungen der Verbände in Berlin woh-
244 nungslos sein.

245 Vor dem Hintergrund dieser Notlagen wiegt es schwer, dass noch keine Ergebnisse der vom Se-
246 nat gebildeten, ressortübergreifenden Arbeitsgruppe bekannt sind und die geplanten „Leitlinien
247 des Senats zur Bekämpfung von Kinderarmut und Verbesserung gesellschaftlicher Teilhabe-
248 chancen“ weiter auf sich warten lassen.

249 Es braucht dringend Konzepte, die die Ursachen und Folgen von Kinderarmut aktiv bekämpfen.
250 Dafür müssen sie kindzentriert sein und die verschiedenen Dimensionen von Armut erfassen.¹⁰
251 Einkommensarmut einer Familie heißt nicht automatisch, dass Aufwachsen nicht gelingen kann.
252 Dies hängt mit der sozialen, gesundheitlichen und emotionalen Konstitution des Familienlebens
253 zusammen. Kinderarmut ist zwar im gesamten Berliner Stadtgebiet verteilt, konzentriert sich
254 aber zunehmend und deutlich in einigen Stadtteilen. Diese Stadtteile müssen vom Land beson-
255 ders unterstützt werden.

256 Zur Armutsbekämpfung bei Kindern und ihren Familien müssen Behörden ressortübergreifend
257 zusammenarbeiten und mit Jobcentern und freien Trägern ein **rechtskreisübergreifendes Netz-**
258 **werk** bilden. Nur so können Kindern, Jugendlichen und Familien Hilfen, Unterstützung und prä-
259 ventive Angebote bereitgestellt werden, ohne dass die Familien im Dschungel der Zuständigkei-
260 ten Mut und Kraft verlieren. Es muss ein echtes Fallmanagement entwickelt werden, das sich al-
261 ler Probleme einer Familie annimmt. Die Angebote an Familien müssen immer an den Ressour-
262 cen und den Zielen der Familien ansetzen und mit diesen gemeinsam entwickelt werden. Dazu
263 ist in den Verwaltungen zusätzliches Personal nötig und beim Senat, wie in den Bezirken, sind
264 jeweils Arbeitsstäbe einzurichten, die diese Zusammenarbeit der unterschiedlichen Verwaltungse-
265 inheiten miteinander, wie auch mit externen Partnern garantieren.

266 Familien brauchen **spezielle Angebote**, die ihrer Situation gerecht werden und die **Kinder immer**
267 **mitdenken**:

268 • Bei der **Arbeitsförderung** muss die Betreuung der Kinder immer mit geplant werden und
269 es muss Rücksicht auf eine eingeschränkte berufliche Mobilität genommen werden, denn die
270 Kinder sollten möglichst nicht aus ihren sozialen Umfeld gerissen und z. B. zum Schulwechsel
271 gezwungen werden.

272 • **Schuldnerberatung** muss schnell bereitstehen und sie muss auf die speziellen Belange
273 von Familien eingehen. In den meisten Familien entstehen Schulden nicht durch unangemesse-
274 nen Konsum, sondern durch Scheidungslasten, Krankheit, Arbeitsplatzverlust und Mietsteige-
275 rungen.

276 • **Soziale Wohnhilfe** muss versuchen, Wohnungsverlust mit allen Mitteln abzuwenden.
277 Voraussetzungen sind realistischere Miethöhen (AV-Wohnen) bei den Kosten der Unterkunft
278 (KdU) und schnelle Mietschuldenübernahme durch die Jobcenter. Dazu muss es verbindliche
279 Wirtschaftlichkeitsprüfungen geben, denn alles ist wirtschaftlicher als eine obdachlose Familie.
280 Bei drohender Wohnungslosigkeit muss schnell das oben beschriebene Netzwerk greifen.

281 • Solange die Zahl der von Wohnungslosigkeit betroffenen Familien noch weiter an-
282 wächst, müssen **Spezialangebote für wohnungslose Familien** (auch in der Kältehilfe) vorgehal-
283 ten werden, die die Bedürfnisse von Kindern berücksichtigen. Kinder sollten auch in Wohnungs-
284 loseneinrichtungen Platz, sowohl für ungestörtes Lernen, wie auch für ihren natürlichen Bewe-
285 gungsdrang, haben. Der gewohnte Kita- und Schulbesuch muss durch sozialraumnahe Unter-
286 bringung gewährleistet werden. Sie müssen den Kontakt zu ihren Freunden weiter pflegen kön-
287 nen. Und sie sollten möglichst nicht mit Sucht und Verwahrlosung konfrontiert sein.

288 • Das am 01.01.2011 eingeführte **Bildungs- und Teilhabepaket** der Bundesregierung ist
289 ein Bürokratiemonster, an dem Familien verzweifeln und das deshalb auch nur teilweise genutzt
290 wird. Hier ist eine Vereinfachung und Pauschalisierung der Leistungen nötig und das Verbot der
291 nachträglichen Erstattung muss fallen. Besser wäre allerdings, die Mittel, die für BuT zur Verfü-

292 gung stehen, für öffentliche Angebote einzusetzen, die der Chancengerechtigkeit dienen und
293 die ohne spezielle Anträge zugänglich sind.

294 • Grundlegend dafür, dass Kinder, Jugendliche und Familien auch in prekären Situationen
295 gute Lebenschancen ermöglicht werden können, ist eine gute **soziale Infrastruktur**. Ein flächen-
296 deckendes, wohnungsnahes und grundfinanziertes Angebot von Familienzentren, Nachbar-
297 schaftseinrichtungen, Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, Sport- und Kulturangeboten
298 muss auf- und ausgebaut werden. Das ist wichtig für alle Berliner Familien, um Zugang zu Bera-
299 tung, Anregung und Vernetzung zu bekommen, aber für Familien in prekären Situationen sind
300 solche niedrigschwelligen Angebote doppelt wichtig, damit zu materiellen Einschränkungen
301 nicht noch der Rückzug aus der Gesellschaft kommt.

302 • Gute Bildung, die aus der Armutsspirale herausführen kann, beginnt mit der **Kita**. Es
303 muss für jedes Kind ein Kitaplatz mit hoher Bildungs- und Betreuungsqualität wohnungsnah zur
304 Verfügung stehen. Dass ein möglichst langer Besuch einer guten Kita die weiteren Bildungs-
305 chancen massiv verbessert, ist inzwischen durch mehrere Studien bewiesen. Gute Bildung von
306 Anfang an ist ein entscheidender Weg der nachhaltigen Armutsbekämpfung.

307

308 **Investitionen in Bildung reduzieren systematisch das Armutsrisiko**

309 **Grundschule stärken**

310 Wer frühzeitig und nachhaltig in Bildung investiert, wird auf Dauer das Armutsrisiko Stück für
311 Stück senken. Dies setzt in der frühkindlichen Bildung in der Kita an und muss in der Grund-
312 schule nahtlos fortgesetzt werden. Die in der Grundschule zu erwerbenden Basiskompetenzen
313 bilden für den weiteren Bildungsweg der Kinder eine entscheidende Grundlage.

314 Die Grundschule muss daher gerade aus dem Blickwinkel der Armutsprävention endlich in den
315 Fokus der Bildungspolitik. Der Fachkräftemangel muss entschieden bekämpft, die Bezahlung der
316 Lehrkräfte an die der Oberschulen angeglichen werden und die Schulen brauchen mehr Res-
317ourcen, um Kindern mit Förderbedarf tatsächlich zusätzliche Angebote unterbreiten zu können.

318

319 **Geflüchteten Kindern und Jugendlichen faire Startchancen bieten**

320 Die sogenannten Willkommensklassen bilden beim Erlernen der deutschen Sprache einen ersten
321 wichtigen Zugang zum deutschen Schulsystem. Ein möglichst schneller Übergang in die Regel-
322klassen bleibt das übergeordnete Ziel.

323 • Die Schulen dürfen mit dieser Aufgabe nicht länger allein gelassen werden. Wir Grünen
324 fordern daher ein **Bonusprogramm für Willkommensklassen**. Ob SozialarbeiterInnen, Thera-

325 peutInnen oder SprachmittlerInnen: Schulen sollen schnell und selbstständig entscheiden dür-
326 fen, was Schülerinnen und Schüler aus Flüchtlingsfamilien benötigen. Die entsprechenden Leis-
327 tungen können die Schulen dann „einkaufen“.

328 • Bei der bürokratisch-verwaltungstechnischen Abwicklung dieses „Einkaufs“ von Leistun-
329 gen müssen sie unterstützt werden. Wir Grünen schlagen dafür **eine bezirkliche „Service-Stelle**
330 **Willkommensklassen“** vor.

331 • Außerdem darf die Deutsch-Förderung nicht sofort enden, sobald die Kinder in Regel-
332 klassen übergehen.

333

334 **„MigrantInnen an die Bildungsspitze“**

335 Wir möchten unter dem Motto „MigrantInnen an die Bildungsspitze“ ein positives Maßnah-
336 men-Aktionspaket schnüren. Denn ob Kinder Migrationshintergrund haben oder nicht, darf
337 nicht länger so stark über ihren Bildungserfolg entscheiden.

338 • Es ist an der Zeit, unsere Wertschätzung für die unterschiedlichen Sprachen und Kultu-
339 ren der Welt zu beweisen, indem das **Angebot an zwei- und mehrsprachiger Erziehung und Bil-**
340 **dung** an den Berliner Schulen konsequent ausgeweitet wird.

341 • Wir benötigen eine buntere Lehrer- und ErzieherInnenschaft, die ein realistisches Abbild
342 der Berliner Bevölkerung widerspiegelt. Deshalb machen wir gezielt bei Jugendlichen mit Migra-
343 tionshintergrund **Werbung für die Lehrberufe**.

344 • Vereinbarungen mit den Berliner Hochschulen zu **Nachqualifizierungsmodulen** ermögli-
345 chen Menschen mit ausländischem Bildungsabschluss einen effizienten Weg in das Lehramt.

346

347 **Gleichwertigkeit unterschiedlicher Wege**

348 Noch immer wird der Übergang von der Grund- in die Oberschulen oftmals zu einer Schwelle
349 sozialer Auslese. Die Schulstrukturreform war hier ein wichtiger Schritt zu mehr Bildungs- und
350 Chancengerechtigkeit. Die Qualität einer Schule hat die Frage der äußeren Schulform, ob
351 Gymnasium oder Sekundarschule, als wichtigstes Kriterium abgelöst.

352 • Unabhängig davon freuen wir uns besonders über Schulen, die unter Beweis stellen, wie
353 leistungsfähig die **Konzepte längeren gemeinsamen Lernens** sein können. Wir unterstützen alle,
354 die sich für solche Lernformen entscheiden wollen.

355 • Der Zuwachs an freien Schulen ist nicht zuletzt Ausdruck hoher Unzufriedenheit mit der
356 **Qualität des staatlichen Schulsystems** und ständige Mahnung, dieses weiter zu verbessern.

357 • Die Gleichwertigkeit der unterschiedlichen Wege muss endlich ernst genommen werden
358 und auch für den Weg über die Oberstufenzentren und eine duale Ausbildung gelten. Wir set-
359 zen auf offensive und bereits in der Grundschule ansetzende **Bildungswegeberatung und den**
360 **konsequenten Ausbau dualen Lernens** in allen Schulformen.

361

362 **Oberstufenzentren als Schlüsselinstitution gegen Bildungsarmut**

363 Dem Senat ist es nicht gelungen, die dramatisch hohe Jugenderwerbslosigkeit und Schulabbre-
364 cherquote signifikant zu senken. Allein rund 3000 Jugendliche gehen jedes Jahr am Übergang
365 Schule-Beruf verloren.

366 Wir Grünen halten es für einen der größten Erfolge unserer Oppositionsarbeit, dass wir den Se-
367 nat überzeugen konnten, in Berlin eine Jugendberufsagentur einzuführen. Doch der Senat ist
368 weit davon entfernt, dass Ziel ernst zu nehmen, dass niemand mehr verloren geht.

369 • Der Mangel an begleitenden **psychosozialen Angeboten** und der fehlende Ausbau der
370 Angebote der Jugend(berufs)hilfe sprechen hier eine deutliche Sprache.

371 • Wir brauchen wirksame und verlässliche **Datengrundlagen** zum Verbleib der Jugendli-
372 chen. Sie dürfen nicht weiter einfach aus jeder Statistik verschwinden. Die Einführung einer um
373 ein Jahr verlängerten Schulpflicht bis zum Ende des 11. Schuljahres könnte dazu beitragen

374 • Berlin muss sich dazu bekennen, jedem Jugendlichen ein **gutes Bildungsangebot** zur
375 Verfügung zu stellen

376 • Die Eigenverantwortlichkeit der beruflichen Schulen und Oberstufenzentren soll ebenso
377 weiter gestärkt werden wie die Möglichkeiten der Schulaufsicht, sie dabei zu begleiten. Das er-
378 möglicht ein **aktives Qualitätsmanagement** sowie Zielvereinbarungen z. B. im Hinblick auf die
379 derzeit viel zu hohen Abbrecherquoten von bis zu 60 Prozent in vielen Bildungsgängen.

380 • Die **Attraktivität der dualen Ausbildung** sollte erhöht werden. Die Betriebe sind hier mit
381 in der Pflicht. Die Angebote, neben dem regulären Berufsabschluss auch noch einen weiterfüh-
382 renden (allgemeinen) Bildungsabschluss zu erwerben, müssen ausgeweitet werden

383

384 **Wege aus der Armut – Erwerbsbeteiligung verbessern**

385 Zukunftsfähige Arbeitsplätze und die erfolgreiche Integration von Arbeitssuchenden in den ers-
386 ten Arbeitsmarkt sind die Hauptziele zur Prävention von Armut. Jeder Mensch hat das Recht auf
387 eine Existenz sichernde Arbeit, die fair bezahlt und auf der Grundlage guter Arbeitsbedingungen
388 gestaltet ist.

389 Arm trotz Arbeit ist in Berlin für viele Menschen bittere Realität. Der Niedriglohnsektor weitet
390 sich dynamisch aus und mit ihm die prekäre Beschäftigung. Besonders Frauen sind von befristeten
391 Arbeitsverträgen und Teilzeit betroffen. Bedingt durch unklaren Aufenthaltsstatus, fehlende
392 Anerkennung von Abschlüssen und geringe bis nicht vorhandene Sprachkompetenzen oder Arbeitsverbote sind AsylbewerberInnen und Geflüchtete von Armut bedroht. Hinzu kommt die Aufgabe zur Integration von europäischen ArbeitsmigrantInnen, da Berlin als europäische Metropole und Ankunftsort besonders herausgefordert ist. Eine weitere große Gruppe, die im Vergleich zur Gesamtbevölkerung ein erhöhtes Armutsrisiko und erschwerte Teilhabechancen am Arbeitsmarkt hat, sind Menschen mit Behinderung und Menschen mit multiplen Vermittlungshemmnissen.

398 Eine erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik braucht einen umfassenden Ansatz und neue Wege: Vom Ausbau qualifizierender Maßnahmen über rechtliche Anpassungen und Förderprogramme bis hin zu einer neuen Kundenorientierung in den Jobcentern sehen wir von Bündnis 90/Die Grünen dringenden Handlungsbedarf.

402

403 **Umfassende Maßnahmen für eine bessere Erwerbsbeteiligung**

404 • **Maßnahmen zur Qualifizierung vor und Qualifizierung für Beschäftigung müssen**
405 **deutlich ausgebaut werden.** Die von Langzeiterwerbslosigkeit betroffenen Menschen haben nur
406 dann eine Perspektive auf dem ersten Arbeitsmarkt, wenn sie aktivierende und qualifizierende
407 Förderung wahrnehmen können. Hier muss das Land Berlin in Eigenverantwortung Beschäftigungstraining mit Qualifizierung anbieten. Es geht darum, eine Beschäftigungsfähigkeit herzustellen und Vermittlungshemmnisse abzubauen. Dazu ist ein bedarfsgerechtes Angebot an sozial-integrativen Leistungen notwendig (Beispiele Schuldnerberatung und psychosoziale Betreuung).

412 • **Verbesserte Kundenorientierung** der Jobcenter kommt den Kunden und den Beschäftigten zu Gute. Regelmäßige Fortbildungen des Personals z. B. fachlich und interkulturell, sind unabdingbar. Erwerbslose Menschen brauchen Unterstützung und Geflüchtete ein passendes Beratungsangebot. Dieses soll durch die bestehenden Beratungs- und Hilfsangebote freier Träger (wie z. B. bridge), der Kirchen, privater Initiativen und der Berliner Anwaltschaft stattfinden. Die Zusammenarbeit der Jobcenter, Sozial-, Wohn- und Bürgerämter und freien Träger muss verbessert werden. Ein Baustein insbesondere zum Konfliktmanagement wäre die Einführung von Ombudsstellen an allen Jobcentern.

420 • Die **Umsetzung des Passiv-Aktiv-Transfers** ermöglicht, dass aus öffentlichen Mitteln finanzierte Sozialleistungen (Grundsicherung für Arbeitssuchende/Arbeitslosengeld II) zukünftig als Lohnkostenzuschuss für ArbeitgeberInnen zur Verfügung gestellt werden, um Langzeiterwerbslose sozialversicherungspflichtig zu beschäftigen. Durch die jetzigen Instrumentarien des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) wird eine Vielzahl von Menschen mit Vermittlungshemmnissen nicht in befriedigendem Maße in den Arbeitsmarkt integriert. Hier braucht es neue

426 bundesgesetzliche Regelungen, damit **im Sinne eines sozialen Arbeitsmarktes** Langzeiterwerbs-
427 lose nachhaltig in den Arbeitsmarkt integriert werden können.

428 • Ein **Landesbeschäftigungsprogramm für GrundsicherungsempfängerInnen** in Zusam-
429 menarbeit mit den Jobcentern ermöglicht die Chance auf befristete qualifizierende Beschäfti-
430 gungen für die große Zahl der Langzeiterwerbslosen, die vor allem im sozialen Bereich einge-
431 setzt werden können.

432 • Die **Abschaffung der Arbeitsverbote für Geflüchtete** und die **Ausweitung der Ermes-**
433 **sensspielräume bei der Erteilung einer Beschäftigungserlaubnis** durch die Ausländerbehörde
434 und die Bundesagentur für Arbeit befördern die schnelle Integration von Geflüchteten in den
435 Arbeitsmarkt.

436 • Berlin muss in eine **effektive Bekämpfung von Arbeitsausbeutung** investieren. Man-
437 gelnde Kenntnis über die eigenen Rechte, Not und Arbeitsverbote drängen Menschen in illegale
438 Arbeitsverhältnisse. Bestehende Beratungsangebote sind hier bedarfsgerecht auszustatten. Zu-
439 dem muss von der Vergabepaxis bis zur Kontrolle nachgebessert werden.

440 • **Die Vereinfachung der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse erleichtert die**
441 **Arbeitsuche.** Mitgebrachte Qualifikationen von Menschen können schneller und ohne Kosten-
442 hürden erfolgen. Auch ohne Nachweis von Dokumenten muss durch praktische Übungen eine
443 Anerkennung möglich sein.

444 • Für Menschen mit multiplen Problemen (z. B. im Bereich Sucht, Psychiatrie nach § 53
445 SGB XII) bedarf es einer **neuen Leistungsbeschreibung „Beschäftigung mit Zuverdienst“** durch
446 das Land Berlin, weil diese Personengruppe (vor allem Suchtkranke) kein adäquates Instrumen-
447 tenangebot der Jobcenter zur Verfügung haben.

448 • Zum Ausbau des **inklusiven Arbeitsmarktes** gehört die Wahlfreiheit jedes Menschen,
449 auf dem ersten Arbeitsmarkt tätig sein zu wollen oder in einer geschützten Werkstätte. Wir be-
450 fürworten das Budget für Arbeit, wonach Beschäftigte die Eingliederungshilfe für den Werk-
451 stattplatz auf den ersten Arbeitsmarkt „mitnehmen“ und in das dortige Arbeitsverhältnis inves-
452 tieren können. Berlin muss die Verankerung dieser Möglichkeit durch das angekündigte Bun-
453 desteilhabegesetz vorantreiben. Zur Unterstützung von Selbstbestimmung und Teilhabe sind die
454 bewilligenden Stellen in Berlin angehalten, den Rechtsanspruch auf das Persönliche Budget, wo-
455 nach dem Menschen mit Behinderungen die Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben als Bud-
456 get zustehen, damit er selbst Leistungserbringer beauftragen kann, offensiv zu gewähren.

457

458

459 **Wohnungslosigkeit entschieden bekämpfen – Wohnungslose brauchen eine Lobby**

460 Der Verlust des eigenen Wohnraums ist immer auch eine existenzielle Bedrohung und eine be-
461 sondere Dimension der Armut. Was für Viele ein unvorstellbarer Ausnahmezustand im Leben
462 ist, wird leider für immer mehr Menschen in unserer Stadt zur bitteren Realität.

463 Dem bundesweiten Trend folgend hat auch in Berlin die Zahl der obdach- und wohnungslosen
464 Menschen in den letzten Jahren stark zugenommen. Die genaue Zahl kann aufgrund der seit
465 Jahren anhaltenden Weigerung des Senats, eine integrierte Wohnungslosenstatistik einzufüh-
466 ren, nach wie vor nicht genau bestimmt werden. Freie Träger und Verbände, wie die Bundesar-
467 beitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAG W) und die Berliner Landesarmutskonferenz,
468 schätzen die Zahl der Betroffenen auf 11.000 bis 15.000 Personen. Darunter befinden sich ca.
469 4.000 bis 6.000 Menschen, die auf der Straße leben und über keinerlei Form von Obdach ver-
470 fügen. Für die nächsten Jahre geht die BAG W von einer weiteren Verschärfung der Situation
471 aus, wenn die wohnungs- und sozialpolitischen Rahmenbedingungen nicht nachhaltig geändert
472 werden. Für das Bundesgebiet prognostiziert sie, dass die Zahl der wohnungslosen Menschen
473 zwischen 2015 und 2018 um 60 Prozent steigen könnte.¹¹ In Ballungsgebieten wie Berlin muss
474 von einer entsprechenden Entwicklung ausgegangen werden, wenn nicht sogar in verschärfter
475 Form. Zu den Menschen ohne Wohneigentum, eigenen Mietvertrag oder Obdach kommen in
476 Berlin ca. 9000 Berliner Haushalte jährlich, die von einer Zwangsräumung bedroht sind.

477 Trotz der starken Zunahme der Zahl wohnungsloser und von Wohnungslosigkeit bedrohter
478 Menschen hat der Berliner Senat nur 400.000 Euro zusätzlich für die Wohnungslosenhilfe im
479 Haushalt 2016/2017 zur Verfügung gestellt. Neben der fehlenden Wohnungslosenstatistik
480 kommt erschwerend hinzu, dass angekündigte neue Leitlinien für die Wohnungslosenpolitik seit
481 fast einem Jahrzehnt auf sich warten lassen. Lediglich ein unverbindlicher Entwurf wurde in
482 2015 erstellt, eine Diskussion oder gar Umsetzung und finanzielle Ressourcen stehen nicht in
483 Aussicht.

484 Soweit Akteure der Wohnungs- und Obdachlosenhilfe aus den Bezirken und der freien Träger
485 die Lage beurteilen, hat sich die Gesamtsituation der Betroffenen auch qualitativ verschlechtert.
486 Menschen ohne Wohnung verbleiben immer länger in den Notunterkünften oder müssen sogar
487 abgewiesen werden. Das System der Wohnungslosenhilfe ist damit quasi zusammengebrochen.
488 Der Gesundheitszustand der Menschen, die auf der Straße leben, hat sich deutlich verschlech-
489 tert. Im Übrigen hat sich die Gruppe der Wohnungslosen stark ausdifferenziert und auch inter-
490 nationalisiert. Neben die Wohnungs- und Obdachlosen mit deutscher Staatsangehörigkeit sind
491 viele EU-Zuwanderer getreten. Vermehrt sind auch Frauen, Alleinerziehende und Familien mit
492 Kindern in Notunterkünften anzutreffen. Deswegen fordern wir 25 Prozent der Angebote für
493 diese besonderen Bedarfsgruppen zur Verfügung zu stellen. Dazu gehört vor allem auch eine
494 psychologische Betreuung und fachliche Beratung.

495 Gerade in einer wachsenden Stadt wie Berlin muss das Problem zunehmender Wohnungslosig-
496 keit endlich in den Fokus der Sozial- und Wohnungspolitik rücken und beim Senat politische
497 Priorität bekommen.

498 **Um das Ziel zu erreichen, drohende Wohnungslosigkeit zu verhindern und eingetretene Woh-**
499 **nungslosigkeit systematisch und fachlich begleitet abzubauen, schlagen wir ein Paket an**
500 **kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen vor:**

501 **Als Sofortmaßnahme soll die Kältehilfe bedarfsgerecht ausgebaut und finanziell gestärkt wer-**
502 **den.** Kurzfristig sind mindestens 1000 Plätze notwendig – davon sollen 25 Prozent der Plätze
503 für Frauen vorgehalten werden. 500 Plätze sollen ganzjährig angeboten und in eine Regelfi-
504 nanzierung überführt werden.

505

506 **Prävention von Wohnraumverlust als das schärfste Schwert im Kampf gegen Wohnungslosigkeit**

507 Durch den Erhalt der Wohnung können soziale, materielle und gesundheitliche Folgen von
508 Wohnungslosigkeit verhindert werden. Die Folgekosten für die öffentliche Hand für Unterbrin-
509 gung und Integration von Wohnungslosen sind i.d.R. sehr viel höher als die Übernahme von
510 Mietschulden.

511 • Um für eine möglichst große Zahl von Menschen, die vom Verlust ihrer Wohnung be-
512 droht sind, effektive Hilfe anzubieten, muss verpflichtend das **Prinzip der aufsuchenden Hilfe**
513 **gestärkt bzw. wieder eingeführt werden.** Dazu braucht es die Einrichtung von **Fachstellen für**
514 **Wohnungsnotfälle/Clearingstellen**, um eine Kooperation zwischen Jobcentern, Sozialämtern,
515 Jugendämtern, Amtsgerichten, landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften und den sozialen
516 Trägern verbindlich festzuschreiben. Hiermit soll geschultes Personal die Betroffenen möglichst
517 direkt nach einer fristlosen Kündigung und noch vor einer Zwangsäumungsklage aufsuchen
518 und Hilfe anbieten.

519 • **Berlin braucht eine AV-Wohnen (Ausführungsvorschrift Wohnen), die Wohnraum si-**
520 **chert:** wir fordern eine grundlegende Überarbeitung der AV-Wohnen. Die Höhe der Richtwerte
521 müssen so festgelegt werden, dass mit den Sätzen auch die tatsächlichen Kosten für Miete und
522 Heizung in Berlin getragen werden können. Bis zu einer Neuregelung müssen für alle Betroffe-
523 nen auch Kosten oberhalb der momentanen Richtwerte übernommen werden. Zukünftig soll
524 der Nachweis preisgünstigeren verfügbaren Wohnraums für die Jobcenter Voraussetzung für
525 eine mögliche Aufforderung zur Kostensenkung sein (**Moratorium für Kostensenkungs- und**
526 **Umzugsaufforderungen**).

527 • Um die Betroffenen besser erreichen und unterstützen zu können, wollen wir zudem **in**
528 **jedem Jobcenter eine kostenlose Mieterberatung** einrichten und Mietschuldenübernahmen sol-

529 len schneller sowie großzügiger erfolgen, sofern der Wohnraum dann auch langfristig erhalten
530 werden kann.

531 • Mit einem **verschärften Wohnungsaufsichtsgesetz** wollen wir effektiver gegen Mietaus-
532 beutung vorgehen und zugleich die erheblichen Kosten, die den Bezirken durch die Probleme
533 mit der illegalen Vermietung von unbewohnbarem Wohnraum (sogenannten „Schrottimobili-
534 en“) entstehen, senken. Ersatzvornahmekosten im Grundbuch zu verankern und gegebenenfalls
535 Eigentümer an den Kosten für alternative Unterbringungen beteiligen zu können, hilft Woh-
536 nungslosigkeit zu vermeiden.

537 • Auf Bundesebene setzen wir uns für einen **Räumungsschutz** für große Familien und alte
538 bzw. kranke Menschen ein.

539 • Die **landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften (WBG)** stehen beim Erhalt und der Be-
540 schaffung von Wohnraum für arme und armutsgefährdete Haushalte besonders in der Pflicht.
541 Gerade sie sollen Zwangsräumungen vermeiden und auch fristgemäße Kündigungen verhin-
542 dern. Sowohl eine negative Schufa-Auskunft als auch eine fehlende Mietschuldenfreiheitsbe-
543 scheinigung dürfen kein Ausschlusskriterium bei der Bewertung von NeumieterInnen mehr sein.
544 Bei der Wohnungsvergabe sollen **66 Prozent statt 55 Prozent der Wohnungen sozial vergeben**
545 werden, davon mindestens 20 Prozent an besondere Bedarfsgruppen. Dafür sollen die Bezirk-
546 sämter bei der Auswahl der MieterInnen vorschlagsberechtigt sein.

547

548 **Bestehendes Notfallsystem für Wohnungslose stärken**

549 Um der Dimension der Wohnungslosigkeit in Berlin Rechnung zu tragen, müssen zum einen be-
550 stehende Systeme der Notfallversorgung von Obdachlosen gestärkt, zum anderen neue Wege
551 in der Bekämpfung von Wohnungslosigkeit eingeschlagen werden.

552 • Das **Geschützte Marktsegment**, d. h. die Bereitstellung von Wohnungen für Wohnungs-
553 lose oder von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen, muss ausgebaut und seine Konditionen
554 verbessert werden, um auch mehr private Anbieter zu gewinnen. Die landeseigenen Woh-
555 nungsbaugesellschaften müssen diese Aufgabe mit entsprechender Unterstützung durch den
556 Senat weiterhin wahrnehmen.

557 • Um gegen akute Obdachlosigkeit vorzugehen, setzen wir uns für die Umsetzung des
558 sogenannten **„Housing-First-Ansatzes“** ein. In diesem Ansatz, der in einigen Städten in Europa
559 erfolgreich genutzt wird, wird obdachlosen Menschen zunächst niedrigschwellig zu eigenem
560 Wohnraum verholfen und dann Hilfe zur Selbsthilfe im Rahmen ambulanter, aufsuchender Sozi-
561 alarbeit angeboten. Es kommt damit zu einer sinnvollen Entkopplung des Zugangs zu Wohn-
562 raum und der Unterstützungsangebote durch SozialarbeiterInnen.

563 • Neben einem besseren Zugang zur medizinischen und psychologischen Regelversorgung
564 für Obdachlose setzen wir uns für eine **Stärkung der Straßensozialarbeit** in Berlin ein. Ein aufsu-
565 chender Ansatz ist gefragt, der den obdachlosen Menschen vor Ort Hilfe und Unterstützung
566 anbietet. Hier gilt ebenfalls, dass Träger und Bezirke finanziell und personell in die Lage versetzt
567 werden müssen, partizipative und aufsuchende Ansätze in der Sozialarbeit zu verfolgen. Street-
568 worker können zu langfristigen Erfolgen verhelfen. Daher sollten **mindestens 25 neue Stellen** in
569 der Stadt geschaffen werden.

570 • Der Anteil vertragsfreier Unterkünfte liegt bereits bei 50 Prozent. In diesen sind keine
571 Standards für eine Beratung und Begleitung vorgeschrieben. Wir wollen auch **in vertragsfreien**
572 **Unterkünften sozialpädagogische Unterstützungsleistungen verpflichtend einführen.**

573 • Generell muss der Tatsache Rechnung getragen werden, dass Wohnungslosigkeit oft-
574 mals das Ergebnis schwerer, nicht behandelter psychischer Erkrankungen, chronischer Suchter-
575 krankungen sowie einer Kombination dieser und weiterer Beeinträchtigungen sein kann und sie
576 wiederum verstärkt. Daraus ergeben sich **Schnittstellen** zwischen der Wohnungslosenhilfe und
577 anderen Hilfesystemen wie z. B. der Jugendhilfe, Drogenhilfe, Hilfe zur Pflege oder der Einglie-
578 derungshilfe. Wichtig ist eine **gezielte Unterstützung und Begleitung der Betroffenen von nied-**
579 **rigschwelligen zu den weiterführenden Hilfsangeboten** und eine **eng vernetzte Zusammenar-**
580 **beit aller Akteure**, damit der Stabilisierungsprozess nicht durch Lücken und fehlende Überlei-
581 tungen zwischen den verschiedenen Bereichen gefährdet wird.

582

583 **Bestehenden Wohnraum für Wohnungslose verfügbar machen und neuen Wohnraum gewinnen**

584 • Um es für private EigentümerInnen kleiner Wohnungen attraktiv zu gestalten, diese für
585 die soziale Wohnraumversorgung zur Verfügung zu stellen, schlagen wir neben einer Erhöhung
586 von Mietzuschüssen einen **Sanierungsfonds für Wohnungen in privatem Besitz in Höhe von 5**
587 **Mio. Euro** vor. Dieser soll bis 20.000 Euro für die Sanierung geeigneter Wohnungen zur Verfü-
588 gung stellen.

589 • Um bereits bestehenden Wohnraum für Wohnungslose zu erhalten, gilt es, sogenann-
590 ten **Trägerwohnungen besonderen mietrechtlichen Schutz zukommen zu lassen.** Auf Bundes-
591 ebene setzen wir uns dafür ein, Trägerwohnungen als Wohnraum und nicht als Gewerbe miet-
592 rechtlich zu schützen.

593 • **Landeseigene Liegenschaften sollten vermehrt an Soziale Träger und gemeinwohlori-**
594 **entrierte Bauträger** (parzelliert und) vergeben werden, damit mehr Wohnangebote für ausge-
595 wählte Zielgruppen durch die Träger selbst geschaffen werden.

596 • Auch wollen wir die **Wohnraumförderung für besondere Bedarfsgruppen, alternative**
597 **und inklusive Wohnformen erweitern und bei städtebaulichen Verträgen stärker berücksichti-**
598 **gen.**

599 • Das Land Berlin sollte die **Gründung von Stiftungen und Genossenschaften fördern**, die
600 für die Betroffenen spezielle Wohnangebote bereitstellen.

601 • Die Bezirke müssen in die Lage versetzt werden, im Fall von spekulativem Leerstand
602 Wohnungen auch durch das Mittel der **Zwangsbelegung** in die Nutzbarkeit für Menschen ohne
603 Wohnung zu überführen.

604 • Für die Einrichtung von Unterkünften für Flüchtlinge wollen wir auch **Anbieter nachhal-**
605 **tiger Holzmodulbauten und anderer innovativer Lösungen** (Haus der Statistik) heranziehen und
606 **Nutzungsmischungen** durch die Beteiligung vielfältiger Akteure sicherstellen.

607

608 **Strukturelle Maßnahmen durch neue Leitlinien der Wohnungslosenhilfe jetzt angehen**

609 • Im Hinblick auf die **Neufassung der Leitlinien der Berliner Wohnungslosenhilfe** fordern
610 wir einen detaillierten Projekt- und Umsetzungsplan sowie ein Finanzierungs- und Zuständig-
611 keitskonzept unter Einbeziehung aller Akteursgruppen. Als Ausgangslage ist eine genaue Be-
612 darfsermittlung in die Wege zu leiten und es sind paritätisch besetzte Arbeitsgruppen einzuset-
613 zen. Die neuen Leitlinien müssen auch aufzeigen, wie die starke Versäulung der Hilfesysteme
614 (Jugendamt, Sozialamt etc.) überwunden werden kann. Ziel muss sein, noch vor den nächsten
615 Wahlen diese im Berliner Abgeordnetenhaus zu beschließen.

616

617 **Gleiche Chancen auf eine gute Gesundheit für alle Berlinerinnen und Berliner**

618 In Berlin lässt es sich leider genau beobachten: Menschen, die von Armut betroffen oder be-
619 droht sind, haben deutlich erhöhte Gesundheitsrisiken. Die Statistiken zeigen, in Bezirken, in de-
620 nen viele Menschen über keinen Bildungsabschluss verfügen und/oder von Arbeitslosigkeit be-
621 troffen sind, gibt es mehr RaucherInnen, ist die durchschnittliche Lebenserwartung geringer und
622 die frühzeitige Sterblichkeit höher. Ein Beispiel: in Neukölln haben Männer statistisch gesehen
623 eine fast um 4 Jahre geringere Lebenserwartung als in Charlottenburg-Wilmersdorf.¹²

624 Wir wissen, Gesundheit ist mehr als die Abwesenheit von Krankheit. Um gleiche Chancen auf
625 eine gute Gesundheit herzustellen, braucht es deshalb neben dem breiten Ansatz zur Bekämp-
626 fung von Armut und sozialer Ausgrenzung auch eine gezielte Förderung der Gesundheit sozial
627 benachteiligter Gruppen. Dazu müssen neben der medizinischen Versorgung insbesondere An-
628 gebote zur Prävention und Gesundheitsförderung so ausgerichtet werden, dass sie armutsge-
629 fährdete Menschen effektiv ansprechen und ihre Nachteile ausgleichen. Das ist unser Ziel.

630 Gesundheitsförderung und Prävention sozial benachteiligter Gruppen hat sich formal zwar auch
631 die Senatsverwaltung auf die Fahne geschrieben und dafür das „Aktionsprogramm Gesundheit“
632 in ihrem Koalitionsvertrag beschlossen. Wir begrüßen grundsätzlich das Vorhaben, sogenannte
633 „Präventionsketten“ in den Bezirken zu etablieren, also frühzeitige Hilfs- und Beratungsangebo-
634 te bereitzustellen und miteinander zu verzahnen. Das Aktionsprogramm Gesundheit greift je-
635 doch zu kurz und enthält Projekte, die vorher im „Integrierten Gesundheitsprogramm“ fi-
636 nanziert wurden. Hier fand also zumindest teilweise einfach eine Umetikettierung statt und kei-
637 ne wirkliche Neuerung. Ein Konzept zur Evaluation des „Aktionsprogramm Gesundheit“ liegt
638 trotz mehrmaliger Aufforderung durch das Abgeordnetenhaus noch überhaupt nicht vor. Wir
639 werden in der kommenden Legislaturperiode das Aktionsprogramm, die Umsetzung des Prä-
640 ventionsgesetzes, das IGP sowie alle weiteren Maßnahmen des Landes Berlin miteinander ver-
641 zahnen und auf gemeinsame Ziele 2025 ausrichten. Die nach einem alle Gruppen einbeziehen-
642 den Konsultationsprozess vom Parlament zu verabschiedenden Ziele sollen den Rahmen für die
643 Politik des Senats darstellen und alle Programme nach und nach daraufhin ausgerichtet werden.

644 Eine weitere Baustelle auf dem Weg zur Herstellung von gleichen „Gesundheitschancen“ be-
645 trifft den Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD). Der gesetzliche Auftrag des ÖGD umfasst un-
646 ter anderem Prävention, Gesundheitsförderung, Gesundheitshilfe und der Schutz der Gesund-
647 heit für Kinder und Jugendliche sowie Erwachsene. Es gibt jedoch seit Jahren erhebliche Schwie-
648 rigkeiten, ausreichend qualifiziertes Personal für den ÖGD zu finden, nicht zuletzt aufgrund von
649 folgenschweren Fehlsteuerungen bei der finanziellen Ausstattung. Wir von Bündnis 90/Die Grü-
650 nen sehen grundsätzlichen Reformbedarf und treten entschieden dafür ein, dass der ÖGD so
651 ausgestattet wird, dass er seinen wichtigen Aufgaben gerecht werden kann. Das ist aktuell
652 durch die wachsende Anzahl von Not- und Gemeinschaftsunterkünften für geflüchtete Men-
653 schen noch dringender geworden. Auch für Geflüchtete muss eine gesundheitliche Versorgung
654 einschließlich Erstuntersuchung und Impfung sowie hygienische und sanitäre Mindeststandards
655 in den Unterkünften von Anfang an sichergestellt werden. Sofern sich daraus ein Zuwachs an
656 Aufgaben oder Fallzahlen bei dem ÖGD ergibt, muss das bei den weiteren Planungen berück-
657 sichtigt werden.

658 Nicht nur Prävention und Gesundheitsförderung, sondern auch die medizinische Versorgung in
659 Berlin muss so aufgestellt werden, dass sie die Gesundheitsrisiken armutsbedrohter Menschen
660 bestmöglich auffängt und kompensiert. Dazu ist es in erster Linie wichtig, dass bei der Vertei-
661 lung von niedergelassenen Ärzten und PsychotherapeutInnen die Sozialstruktur vor Ort stärker
662 berücksichtigt wird. Zur Veranschaulichung: In Marzahn-Hellersdorf beträgt der Versorgungs-
663 grad Psychotherapie ca. 30 Prozent, in Charlottenburg-Wilmersdorf über 400 Prozent. Dieser
664 gewaltigen Schiefelage in der Versorgungsplanung muss der Senat im Gemeinsamen Landesgre-
665 mium und bei der Kassenärztlichen Vereinigung viel entschlossener entgegenwirken. Wir wollen
666 bezirkliche Gesundheitsgremien aufbauen, die die bezirkliche Bedarfsplanung mit allen Akteuren
667 strukturieren. Die Sektorübergreifende Versorgung ist für uns dabei Leitlinie und Leitplanke zu-
668 gleich.

669 Der dringendste Handlungsbedarf, insbesondere aus der Sicht der Betroffenen, besteht jedoch
670 für Menschen ohne Krankenversicherung. In keinem anderen Zusammenhang sind finanzielle
671 Schwierigkeiten so direkt mit einer bedrohlichen gesundheitlichen Versorgungslage verbunden.
672 Zwar sollten in Deutschland theoretisch alle Menschen entweder über die Gesetzliche oder über
673 die Private Krankenversicherung versichert sein, in der Realität ist das jedoch leider nicht immer
674 der Fall: Das deutsche Versicherungssystem produziert Ausschlüsse, die durch verschiedene auf-
675 enthalts- oder sozialrechtliche Hintergründe und soziale Lagen begründet sind. Davon sind ins-
676 besondere Wohnungslose, MigrantInnen aus Drittstaaten oder aus EU-Ländern und so genann-
677 te „illegalisierte“ MigrantInnen aus Nicht-EU-Staaten betroffen. In einem ausführlichen Positi-
678 onspapier haben wir konkrete Lösungsvorschläge erarbeitet, die dafür sorgen, dass in Berlin
679 kein Mensch mehr vom Zugang zur Gesundheitsversorgung ausgeschlossen ist.¹³ Das reicht von
680 der Gesundheitskarte für Geflüchtete über einen Hilfsfonds zur Gesundheitsversorgung für
681 Menschen ohne Krankenversicherung bis hin zum Anonymen Krankenschein. Diese Forderun-
682 gen haben wir auch in den Haushaltsberatungen eingebracht und eine Gegenfinanzierung auf-
683 gezeigt, die Koalition ist unserem Antrag jedoch nicht gefolgt.

684

685 **Grüne Vorschläge für eine bessere Chancen auf gute Gesundheit für sozial benachteiligte Grup-**
686 **pen in Berlin umfassen:**

687 • **Taten statt Worte bei Prävention und Gesundheitsförderung.** Hier liegt der Schlüssel,
688 um ungleich verteilte Gesundheitsrisiken abzubauen. Wir brauchen eine zügige Umsetzung der
689 geplanten Präventionsketten in allen Bezirken. Die vorhandenen Programme sollen in der kom-
690 menden Legislatur in einem breiten Konsultationsprozess gebündelt und auf Ziele 2025 ausge-
691 richtet werden.

692 • Eine **grundlegende Reform des ÖGD**, die insbesondere eine bessere finanzielle Ausstat-
693 tung zum Ziel hat. Diese Notwendigkeit werden wir auch bei der anstehenden Evaluation des
694 ÖGD mit klaren Worten deutlich machen.

695 • Eine **Versorgungsplanung**, die die **sozialen und gesundheitlichen Belastungen** in den
696 Bezirken stärker berücksichtigt und ihnen besser entgegenwirkt. Wir wollen bezirkliche Gesund-
697 heitsgremien aufbauen, die die Bezirkliche Bedarfsplanung mit allen Akteuren strukturieren.

698 • **Sektorübergreifende Versorgung:** sowohl ambulant und stationär, als auch zwischen
699 Prävention, Rehabilitation und Pflege.

700 • **Lösungen für Menschen ohne Krankenversicherung:** Gesundheitskarte mit adäquaten
701 Leistungen für Geflüchtete, ein Hilfsfonds, der Anonyme Krankenschein und mehr (siehe Positi-
702 onspapier).

703

704 Gegen Armut im Alter: Aktiv im Kiez eingebunden – und zwar alle

705 Eine eingeschränkte Teilhabe am sozialen Leben kann sowohl das Ergebnis von Armut sein, als
706 auch Notlagen weiter verstärken. Um soziale Ungleichheit abzubauen ist es also unerlässlich,
707 eine aktive Teilnahme ALLER Berlinerinnen und Berliner am gesellschaftlichen Leben konse-
708 quent zu fördern. Das kann nur erfolgreich gelingen, wenn man berücksichtigt, dass manche
709 Gruppen eine schwierigere Ausgangsposition haben, das gilt insbesondere für ältere Menschen
710 und Menschen mit Behinderung. Bei ihnen kommen körperliche Einschränkungen und soziale
711 Nachteile zusammen. Wenn solidarisches Zusammenleben gelingen soll, muss hier ein bewuss-
712 ter Ausgleich geschaffen werden.

713 Obwohl das Altersarmutsrisiko mit 8,1 Prozent in Berlin zur Zeit noch unter dem Bundesdurch-
714 schnitt von 11 Prozent liegt, sind die aktuellen Zahlen und Tendenzen alarmierend. Seit 2005
715 hat sich die Anzahl der EmpfängerInnen von Grundsicherung im Alter fast verdoppelt (2005:
716 39.392 Menschen; 2014: 73.491 Menschen¹⁴) und die Anzahl der Personen im Alter ab 65 Jah-
717 ren, die auf einen Zuverdienst durch Minijobs angewiesen sind, ist von 11.000 Menschen im
718 Jahr 2000 auf über 23.000 im Jahr 2014 gestiegen. ExpertInnen vermuten außerdem einen wei-
719 teren rasanten Anstieg der Altersarmut in den kommenden Jahren durch stärker bedrohte nach-
720 rückende Altersgruppen, hier liegt das Risiko schon jetzt bei 13,6 Prozent. Als Gründe fallen vor
721 allem gebrochene Erwerbsbiographien, Langzeitarbeitslosigkeit, Teilzeitarbeit und prekäre Ar-
722beitsverhältnisse ins Gewicht. Daher ist es dringend notwendig, jetzt präventive Maßnahmen
723 gegen Altersarmut und soziale Isolation in Berlin zu entwickeln. Soziale Teilhabe darf nicht vom
724 finanziellen Status und sozialer oder kultureller Herkunft abhängen.

725 Wie schon im Zusammenhang mit Arbeit dargestellt, besteht für Frauen aufgrund ihrer oftmals
726 erschwerten Erwerbsbeteiligung durch Familien- und Pflegezeiten ein höheres Armutsrisiko als
727 für Männer, das gilt insbesondere in fortgeschrittenem Alter. Diese Tatsache spiegelt sich schon
728 aktuell in deutlich geringeren Renten für Frauen als für Männer wider: In Berlin (West) bekom-
729 men Frauen im Durchschnitt 683 Euro Rente pro Monat, wohingegen Männer in Berlin (West)
730 eine Rente von 998 Euro im Durchschnitt erhalten (Stand 2013)¹⁵. Ein besonders hohes Armuts-
731 risiko in Berlin betreffen Alleinerziehende (die zum größten Teil auch weiblich sind): Bereits im
732 erwerbstätigen Alter gelten 21,8 Prozent der Alleinerziehenden als relativ arm. Es ist wenig
733 überraschend, dass dies ein großes Risiko für Armutslagen im Alter in sich birgt.

734 Wichtige Entscheidungen zur Vorbeugung der drohenden Altersarmut müssen aufgrund der
735 Zuständigkeit für die Rentenversicherung auf **Bundesebene** getroffen werden. Dazu zählen für
736 uns neben der Eindämmung des Niedriglohn-Sektors vor allem eine steuerfinanzierte Garantie-
737 rente – die auch Zeiten der Kindererziehung und Pflege berücksichtigt – sowie ein Rentensplit-
738 tting bereits in der Ehe, das für eine eigenständige Absicherung von Frauen im Alter sorgt. An al-
739 ler erster Stelle stehen natürlich Verbesserungen bei den vorgelagerten Systemen, auf dem Ar-
740beitsmarkt, bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie insbesondere Maßnahmen zur ei-
741genständigen Existenzsicherung für Frauen. Dies ist für uns Grüne eine Herzensangelegenheit.

742 Wir haben Frauen immer ermutigt, ein selbstbestimmtes Leben zu führen und emanzipierte Ent-
743 scheidungen im Leben zu treffen. Alleinerziehende Frauen dürfen auf keinen Fall durch Altersar-
744 mut bestraft werden.

745 Ebenfalls im Zusammenhang mit Arbeit wurde auch schon das erhöhte Armutsrisiko von Men-
746 schen mit Behinderung dargestellt, das sich u. a. aus eingeschränkten Bildungschancen, einer
747 überdurchschnittlichen Arbeitslosenquote und niedrigen Einkommen ergibt. Neben den vorge-
748 schlagenen Maßnahmen für einen inklusiven Arbeitsmarkt müssen ihre Belange bei der Unter-
749 stützung von sozialer Teilhabe bedacht werden, das bezieht sich insbesondere auf Barrierefrei-
750 heit.

751 Es besteht die Gefahr, dass Menschen, die von Armut bedroht sind, leichter in soziale Isolation
752 geraten. Die Scham vor allem älterer und alter Menschen, ihre Bedürftigkeit zuzugeben, führt
753 zu Vereinsamung und großer materieller und psychischer Not.

754 Bei der Bekämpfung sozialer Ausgrenzung und dem Eröffnen von Teilhabechancen ist die **Lan-**
755 **des- und die Kommunalpolitik** in der Pflicht. Das beinhaltet unter anderem, die Gestaltung von
756 barrierefreien Begegnungsorten und die Umsetzung von innovativen Konzepten zur gesellschaft-
757 lichen Teilhabe für Menschen mit geringem Einkommen. Auch der Dialog zwischen den Gene-
758 rationen muss gezielt gefördert werden.

759 Eine altersgerechte Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern kann eine Stadt unglaublich berei-
760 chern. Denn soziale Interaktion, ein soziales Netzwerk und bürgerschaftliches Engagement hal-
761 ten die Menschen aktiv und gesund. Das kann langfristig unter anderem der Prävention von Al-
762 tersarmut dienen. Auf der anderen Seite profitieren so auch Kinder und Jugendliche, Familien
763 und Alleinerziehende von der Lebenserfahrung und den Ressourcen der Älteren. Wir müssen al-
764 les dafür tun, um den Austausch und die gegenseitige Ergänzung zwischen den Generationen
765 herzustellen und zu erleichtern.

766

767 **Unsere Forderungen zur Verbesserung der sozialen Teilhabechancen sind im Folgenden zusam-**
768 **mengefasst:**

769 Soziale Teilhabe setzt **barrierefreie Begegnungsräume** voraus. Hier ist **bewusste Stadtentwick-**
770 **lung** gefragt. Ältere Menschen brauchen u. a. genügend Sitzmöglichkeiten, ausreichend öffent-
771 liche Toiletten und barrierefreie Zugangsmöglichkeiten. Eine barrierefreie Infrastruktur kommt
772 auch Menschen mit Behinderung sowie Eltern mit Kinderwagen oder Reisenden mit schwerem
773 Gepäck entgegen, ist also ein Gewinn für alle. Außerdem ist eine Förderung von altersgerechten
774 Spiel- und Sportstätten im öffentlichen Raum für ältere Menschen (z. B. Boule-Platz oder Out-
775 door-Schach) denkbar.

- 776 • Es könnten Konzepte zur Begegnung zwischen den Generationen gezielt gefördert wer-
777 den, z. B. könnten Schulen und Altenzentren als **Begegnungsstätte** für alle Generationen fun-
778 gieren. Hier könnte z. B. ein offener Mittagstisch angeboten werden.
- 779 • Gute Verzahnung zwischen Mobilitätshilfediensten, den Sonderfahrdiensten und dem
780 ÖPNV ist unerlässlich, um **Mobilität** in Berlin umfassend zu gewährleisten.
- 781 • **Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements.** Nicht erst seitdem sich Initiativen um die
782 Integration der Flüchtlinge kümmern, ist die Förderung dieses Engagements für unsere Stadt
783 unverzichtbar. Aber mit diesen gut organisierten Initiativen sind die eklatanten Schwächen der
784 Berliner Ehrenamtsförderung zutage getreten: Sie erschöpft sich in Gesten und geht an den Be-
785 darfen der freiwillig Aktiven vorbei. Die Koordination der Freiwilligen, der Initiativen und der
786 Tätigkeiten muss vor Ort von hauptamtlichen Strukturen unterstützt werden. Dabei sind vor-
787 handene Strukturen und Ressourcen einzubeziehen. Wir fordern eine umfassende und nachhal-
788 tige Ehrenamtsstrategie, in der u.a. die Kooperation zwischen Verwaltung und Freiwilligen vor-
789 angebracht wird.
- 790 • **Teilnahme am digitalen Leben** sicherstellen. Das Internet bietet zahlreiche Möglichkei-
791 ten zur aktiven Teilnahme in der Gesellschaft unabhängig vom Grad der körperlichen Beweg-
792 lichkeit. Verschiedene Service-Dienstleistungen wie z. B. Einkaufs-Bringdienste, Bringdienste
793 der Bibliotheken oder Online-Banking können das Leben im Alter stark vereinfachen. Außerdem
794 kann man durch Online-Dienste auch Geld einsparen, indem man z. B. per Email statt per Brief
795 kommuniziert oder gezielt nach Informationen zu kostenlosen Kulturveranstaltungen sucht. Lei-
796 der haben älteren Menschen oft Berührungängste mit dem Computer, die den Aufbau von
797 Medienkompetenz zur Teilnahme am digitalen Leben erschwert. Wir schlagen vor, das genera-
798 tionenübergreifende Lernen innerhalb der Gesellschaft zu fördern. Computerkurse können ge-
799 zielt für ältere Menschen von jungen Tutoren angeboten werden. Hier könnte ein Anreizmodell
800 mit z. B. Eintrittskarten für Schwimmbad oder Theater entwickelt werden.
- 801 • Informationen über Angebote für Seniorinnen und Senioren sollten einfach zugänglich
802 sein. Dazu gehört, dass ein **Online-Portal** die Angebote zusammenfasst und die Informationen
803 barrierefrei zur Verfügung stellt (v.a. leichte Sprache, große Schrift und Vorleseoption).
- 804 • Bezirkliche Aktivitäten für die Teilhabe von alten Menschen sollten durch eine **Leitstelle**
805 **zum Älterwerden in Berlin** koordiniert und kommuniziert werden. Früher wurde dies in Berlin
806 durch den/die *AltenhilfepLANER/in* sichergestellt, die aber mittlerweile in den meisten Bezirken
807 abgeschafft wurden. Ein Blick in andere Städte wie z. B. Frankfurt/ Main zeigt die Defizite von
808 Berlins Leitsystem für Seniorinnen und Senioren auf.
- 809 • **Teilnahme am kulturellen Leben der Stadt** für ältere Menschen sicherstellen. Hierfür
810 möchten wir z. B. ein Kultur-Programm für Seniorinnen und Senioren anregen, wo Spielzeiten
811 an einigen Tagen im Jahr von den normalen Programmplänen abweichen und z. B. vormittags
812 mit mehr Pausen stattfinden.

813 **In der ganzen Stadt mobil – unabhängig vom Einkommen**

814 In Berlin ist es für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben unerlässlich, über die Kiez-Grenzen
815 hinweg mobil zu sein. Freunde und Verwandte, Museen, Konzerte oder auch der Termin bei ei-
816 nem empfohlenen Arzt – für viele Anlässe zieht es die HauptstädterInnen regelmäßig in andere
817 Stadtteile.

818 Dabei sind Berlinerinnen und Berliner mit geringem Einkommen häufig auf den ÖPNV angewie-
819 sen, da 89 Prozent der Haushalte mit einem Einkommen von unter 500€ im Monat über kein
820 Auto verfügen. Insbesondere für TransferleistungsbezieherInnen ist der ÖPNV jedoch kaum er-
821 schwinglich. Das Berliner Sozialticket kostet 36 € im Monat, im ALG-II Regelsatz sind für die ge-
822 samte Mobilität jedoch nur 25 € pro Monat vorgesehen. Die vom Senat beschlossenen regel-
823 mäßigen Tarifsteigerungen verschärfen das Problem weiter und der Senat unternimmt bisher
824 keinerlei Versuch, um den ungleichen Zugang zu Mobilität zu verringern.

825 Für die Geflüchteten ist der Senat jetzt einen Schritt weiter gegangen und hat eine Art BürgerIn-
826 nenticket für 25 Euro eingeführt, um günstigere Mobilität zu ermöglichen. Auch für alle ande-
827 ren Berlinerinnen und Berliner mit geringem Einkommen brauchen wir eine Lösung. Eine Absen-
828 kung der Tarife statt ständigen Tarifsteigerungen ist dringend notwendig. Das Sozialticket muss
829 für den im Regelsatz vorgesehenen Beitrag verfügbar sein. Mittelfristig könnte ein BürgerInnen-
830 ticket für Alle außerhalb der Hauptverkehrszeiten sehr preisgünstige Mobilität ermöglichen.

831 Der immer stärker werdende Handlungsdruck wird auch dadurch deutlich, dass die Berliner Ver-
832 kehrsbetriebe (BVG) im vergangenen Jahr 33.723 Strafanzeigen wegen des „Erschleichens von
833 Leistungen“ gegen Schwarzfahrer gestellt haben. Derzeit sitzt sogar etwa jeder siebte Häftling
834 aus diesem Grund in der Justizvollzugsanstalt Plötzensee ein.¹⁶ Das ist auch für die Berliner Poli-
835 zei und Staatsanwaltschaft eine Belastung, die nicht mehr hinnehmbar ist. Wir erneuern unsere
836 Forderung, dass Schwarzfahren als Ordnungswidrigkeit und nicht als Straftat geahndet wird.

837 Neben den Kosten für den ÖPNV spielt auch die Anbindung eine wichtige Rolle. Gerade in
838 manchen sozial schwächeren Gegenden am Stadtrand, wie beispielsweise in einigen Großsied-
839 lungen, lässt die Anbindung sehr zu wünschen übrig. Es ist zu befürchten, dass dieser Senat
840 auch bei den übereilt geplanten neuen Standorten für die Modulbauten für Geflüchtete die An-
841 bindung an den Öffentlichen Personennahverkehr völlig vernachlässigt. Wir Grüne fordern,
842 dass die soziale Dimension bei der Weiterentwicklung des Nahverkehrs unbedingt mitbedacht
843 werden muss.

844 Der preiswerteste Verkehr ist immer der Fuß- und der Radverkehr und hat daher auch aus so-
845 zialer Sicht Priorität. Wir wollen alle Berlinerinnen und Berliner, gerade auch diejenigen mit ge-
846 ringem Einkommen, darin unterstützen, das Rad für sich zu entdecken. Dabei könnten auch die
847 Leihfahrräder einen Beitrag leisten, indem für BesitzerInnen des berlinpass die erste halbe Stun-
848 de kostenlos angeboten wird.

849 Ein weiterer Aspekt ist, dass sozial benachteiligte Quartiere besonders häufig unter Lärm und
850 Luftverschmutzung leiden. An stark befahrenen Straßen, Autobahnen und im Umfeld von
851 Bahntrassen und Flughäfen sind die Mieten oft billiger. Ärmere Bevölkerungsschichten können
852 es sich häufig schlicht nicht leisten, in ruhig gelegene Wohngebiete zu ziehen. Jedoch weigert
853 sich der Senat, aus den Erkenntnissen endlich Konsequenzen zu ziehen, zum Beispiel Umweltge-
854 rechtigkeitsanalysen verpflichtend in Planungs- und Genehmigungsverfahren einzubeziehen.
855 Für uns Grüne ist es wichtig, klarzustellen, dass eine moderne, nachhaltige Mobilitätspolitik, die
856 Lärm und Luftverschmutzung verringert, auch unter sozialen Aspekten von großer Bedeutung
857 ist.

858 **Eine Mobilitätspolitik, die soziale Aspekte berücksichtigt und Teilhabe stärkt**, bedeutet für uns
859 Grüne:

860 • Mobilität muss auch für TransferleistungsempfängerInnen erschwinglich sein. Dazu
861 muss der **Preis für das Sozialticket deutlich sinken**. Darüber hinaus könnte mittelfristig ein Bür-
862 gerInnenticket preiswerte Mobilität ermöglichen.

863 • Das Strafgesetzbuch muss so geändert werden, dass **Schwarzfahren nur als Ordnungs-**
864 **widrigkeit** und nicht als Straftat geahndet wird.

865 • Die **soziale Stadtentwicklung** muss **beim Ausbau des ÖPNVs** berücksichtigt werden.

866 • Der Senat muss bei den **Standorten für die Modulbauten** für Geflüchtete eine gute An-
867 bindung an den ÖPNV gewährleisten.

868 • Fuß- und Radverkehr stärken: Für **BesitzerInnen des berlinpass soll bei den Leihfahrrä-**
869 **dern die erste halbe Stunde kostenlos** sein.

870 • Der Senat muss die Erkenntnisse aus dem Forschungsvorhaben „**Umweltgerechtigkeit**
871 **im Land Berlin**“ in die Tat umsetzen.

872

873 **Chancengerechtigkeit schaffen – Diskriminierung überwinden**

874 Es fällt schwer zu akzeptieren, aber auch im Jahr 2016, in der weltoffenen Stadt Berlin, ist eine
875 „nichtdeutsche Herkunft“ der Familie immer noch ein Hindernis für den sozialen Aufstieg. Das
876 Armutsrisiko von Menschen mit Migrationshintergrund ist mit 27,2 Prozent knapp doppelt so
877 hoch wie das der Berliner Gesamtbevölkerung. Betrachtet nach Staatsangehörigkeit fällt die Ar-
878 mutsrisikoquote sogar noch höher aus. Für die Bevölkerung ohne deutsche Staatsangehörigkeit
879 liegt sie bei 31,5 Prozent, während sie bei Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit nur 12,9
880 Prozent beträgt.¹⁷In Mitte, Neukölln, Kreuzberg sowie Teilen Charlottenburgs haben fast alle
881 Kinder mit Migrationshintergrund auch eine Lehrmittelbefreiung und Jugendliche ohne Schulab-
882 schluss kommen überproportional aus Familien mit Migrationshintergrund – Armut und vermin-

883 derte Teilhabechancen gehen insbesondere in diesen Bezirken bzw. Quartieren seit vielen Jah-
884 ren mit der Zuwanderungsgeschichte der Familien einher.

885 Im öffentlichen Diskurs werden Armutprobleme viel zu oft ethnisiert und als typisch für eine
886 imaginäre „andere Kultur“ dargestellt, was die Analyse und Lösung der Probleme erschwert.¹⁸
887 In Wirklichkeit haben wir es immer noch mit den langfristigen Folgen von jahrelangen, z.T. ge-
888 nerationenübergreifenden Arbeitsverboten durch den Aufenthaltsstatus der Duldung zu tun,
889 mit dem Wegfall von einfachen Arbeitsplätzen nach 1989 in Westberlin, mit dem Misslingen
890 des Bildungsaufstiegs in den Familien durch ein sozial selektives Bildungssystem und mit einem
891 Arbeitsmarkt, auf dem Zeugnisse und Zertifikate mehr als Kenntnisse und Fähigkeiten gelten.
892 Wer im Herkunftsland erfolgreich war, ist es hier noch lange nicht: Aus LehrerInnen werden
893 VerkäuferInnen im Spätkauf.

894 Insbesondere die Landespolitik hat versagt. Das gilt vor allem im Bereich Schule, die Verlierer
895 sind die vielen Kinder ohne Schulabschluss. Auch die Abbrüche von Berufsausbildungen liegen
896 in Berlin mit 40 Prozent weit über dem Bundesdurchschnitt von 28 Prozent. Senatorin Scheeres
897 erklärt das mit dem Migrationshintergrund.¹⁹ Viele westdeutsche Kommunen haben aber einen
898 höheren MigrantInnenanteil als Berlin und nicht so eine schlechte Bildungsbilanz, es muss also
899 an der politischen Steuerung liegen.

900 Mangelnde Qualifikationen von ZuwanderInnen sind auf dem veränderten Arbeitsmarkt ein
901 weiteres Problem. Das betrifft in besonderem Maße Frauen, denn die Scheidungsrate ist bei Mi-
902 grantinnen mindestens so hoch wie bei Einheimischen, die Frauen sind aber auf ein selbstständi-
903 ges Leben oft überhaupt nicht vorbereitet. Diese Familien sind wirklich arm.

904 Außerdem läuft in Berlin die Anerkennung ausländischer Abschlüsse auch nach dem Inkrafttre-
905 ten des Landesgesetzes 2014 nur schleppend, obwohl das entsprechende Bundesgesetz zuvor
906 grundsätzliche Verbesserungen gebracht hatte. Das ist fahrlässig, denn es ist schon seit vielen
907 Jahren bekannt, dass z. B. von den Menschen aus dem Nahen Osten überproportional viele
908 einen Hochschulabschluss haben. Zugleich sind aus dieser Gruppe die meisten Menschen ar-
909beitslos und im Leistungsbezug.²⁰ Senatorin Scheeres scheint kein Interesse daran zu haben, die-
910 sen Schatz zu heben.

911 Schon vor dem Landes-Anerkennungsgesetz hat Berlin zu wenig getan, um EinwandererInnen
912 den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern. So wurden in den letzten 15 Jahren kaum
913 Deutschkurse bereitgehalten für Menschen, die berufstätig sind und ihre Sprachkenntnisse ver-
914 bessern mussten oder für die Arbeit in einem ihrer Qualifikation entsprechenden Beruf sprach-
915 lich aufsatteln sollten. Gleichzeitig führen im Gegensatz zu englischsprachigen Ländern kleinste
916 Grammatikfehler direkt zur Disqualifikation. Das ist ein Widerspruch, den vor allem die Einwan-
917 derInnen ausbaden mussten.

918 Selbst bei guter Qualifikation und perfekten Sprachkenntnissen kommt es viel zu oft nicht zum
919 sozialen Aufstieg: Menschen mit abgeschlossenem Studium und „ausländischem“ Namen sind

920 bundesweit zu 10 Prozent von Arbeitslosigkeit betroffen, während es bei deutschen Akademi-
921 kerInnen nur 3 Prozent sind.²¹ Nach wie vor gibt es demnach Vorbehalte und strukturelle Diskri-
922 minierung gegenüber Ausbildungs- und Arbeitssuchenden nichtdeutscher Herkunft, wie zahlrei-
923 che Studien bewiesen haben.²² Allein der Name ist schon ein Hindernis auf dem Ausbildungs-
924 markt – mit allen sozialen und finanziellen Folgen. Eine konsequente Antidiskriminierungspolitik
925 ist unverzichtbarer Bestandteil von Armutsbekämpfung. Doch auch dafür fehlt in Berlin der
926 politische Ehrgeiz. Das Pilotprojekt „Anonymisierte Bewerbungsverfahren“ in Berliner Verwal-
927 tung und Landesbetrieben hat viel zu lange gedauert und die daraus resultierende Empfehlung
928 des Verfahrens wird nur in ausgesuchten Bereichen umgesetzt. Obwohl die Ergebnisse eindeu-
929 tig gezeigt haben, dass Anonymisierte Bewerbungsverfahren geeignet sind, um Diskriminierung
930 abzubauen, sind daraus bis heute keine politischen Konsequenzen gezogen worden. Das Ver-
931 fahren bleibt freiwillig.

932 Um in all den genannten Bereichen Fortschritte zu erzielen, braucht es in erster Linie eine konti-
933 nuierliche und auf klaren Vereinbarungen beruhende Zusammenarbeit mit den verschiedenen
934 Einwanderungsgruppen in Berlin. Gute AnsprechpartnerInnen sind hierfür die sogenannten
935 „Migrantenselbstorganisationen“, also Vereine und Verbände, in denen sich verschiedene
936 sprachliche und/oder kulturelle Gruppen zusammenschließen, vernetzen und ihre Bedarfe arti-
937 kulieren. Sie sind ExpertInnen für die Belange der verschiedenen Communities und können
938 Brücken der Verständigung bauen. Nur im Dialog können die Ursachen von Integrationshemm-
939 nissen herausgefunden und Wege verabredet werden, die wirklich hinausführen. Bei der Erar-
940 beitung des Roma-Aktionsplans hat der Senat gezeigt, wie es nicht geht. Einzelne Migrantens-
941 selbstorganisationen wurden zwar angehört, aber weder bei der Erarbeitung noch in der Wei-
942 terentwicklung einbezogen. Das würden wir von Bündnis 90/Die Grünen grundlegend anders
943 machen.

944 **Grüne Integrationspolitik hat als oberstes Ziel, Diskriminierung und Hindernisse wirksam ab-**
945 **zubauen, um eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.** Das bedeu-
946 tet für uns:

- 947 • In der Bildungspolitik mit gezielter Förderung einen Schwerpunkt darauf legen, endlich
948 **gleiche Bildungschancen für Kinder mit und ohne Migrationshintergrund** zu erreichen.
- 949 • Angebote für **Qualifikation und Sprachangeboten** für MigrantInnen massiv ausbauen.
- 950 • Die **Anerkennung ausländischer Qualifikationen** muss deutlich vereinfacht und Ermes-
951 sensspielräume genutzt werden.
- 952 • Es braucht eine **konsequente Anti-Diskriminierungspolitik**, die u. a. das **Anonymisierte**
953 **Bewerbungsverfahren** in der Berliner Verwaltung überall durchsetzt.
- 954 • **Migrantenselbstorganisationen** müssen bei allen Vorhaben als kompetente PartnerIn-
955 nen in Planung, Nachsteuerung und Evaluation einbezogen werden.

- 1 Vgl. Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Gesamtverband e.V.: „Die zerklüftete Republik. Bericht zur regionalen Armutsentwicklung in Deutschland 2014“, Februar 2015, S. 10. Bei der Berechnung der „relativen Armutsquoten“ werden, wie in der EU üblich, Personen in Haushalten gezählt, deren Einkommen weniger als 60 Prozent des durchschnittlichen (Median) bedarfsgewichteten Einkommens in Deutschland beträgt.
- 2 Vgl. Bundesagentur für Arbeit, Dezember 2015.
- 3 Vgl. Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales: „Gesundheits- und Sozialstrukturatlas für die Bundesrepublik Deutschland“, Januar 2015, S. 35.
- 4 Vgl. Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales: „Handlungsorientierter Sozialstrukturatlas Berlin 2013“, S. 16.
- 5 Vgl. Voges et al.: „Methoden und Grundlagen des Lebenslagenansatzes“, 2003.
- 6 Vgl. Resolution der Iak vom 17.06.2010.
- 7 Vgl. Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales: „Handlungsorientierter Sozialstrukturatlas Berlin 2013“, S. 176.
- 8 [RN 2162 „Berichterstattung zur 2. Lesung des Entwurfs des Doppelhaushalts 2016/2017“.](#)
- 9 Vgl. WSI Verteilungsmonitor, Special Feature: Kinderarmut in Deutschland, Januar 2016.
- 10 Vgl. Familienbericht des Berliner Beirates für Familienfragen 2015.
- 11 Vgl. Pressemitteilung der BAG W vom 05.10.2015: [„Zahl der Wohnungslosen in Deutschland auf neuem Höchststand“](#)
- 12 Alle Daten: Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales, Handlungsorientierter Sozialstrukturatlas Berlin 2013.
- 13 Vgl. Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin: Gesundheitsversorgung von Menschen ohne reguläre Krankenversicherung (Positionspapier), 19. Oktober 2015.
- 14 Vgl. [Schriftliche Anfrage 17/15745](#) : „Altersarmut in Berlin?“
- 15 Vgl. [Schriftliche Anfrage 17/15745](#): „Altersarmut in Berlin?“
- 16 Vgl. Berliner Zeitung: „Schwarzfahrer füllen Gefängnis Plötzensee“, 17.12.2015.
- 17 Vgl. Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales: „Handlungsorientierter Sozialstrukturatlas Berlin 2013“, S. 174. Diese Angabe bezieht sich auf das durchschnittliche Einkommen im Land Berlin und würde bezogen auf das durchschnittliche Einkommen in Deutschland noch höher ausfallen.
- 25 18 Vgl. dazu u. a. Bude, Heinz: „Die Ausgeschlossenen“, 2008.
- 19 Vgl. Berliner Morgenpost: „Wirtschaft gibt Berlins Schülern Orientierung bei Berufswahl“, 14.09.2015.
- 20 Vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung: „Ungenutzte Potenziale. Zur Lage der Integration in Deutschland“ 2009, S. 45.
- 21 Vgl. Institut der Deutschen Wirtschaft Köln: „Integration – Gewinn für alle Beteiligten“, 20.05.2010.
- 22 Vgl. z. B. Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration: „Diskriminierung am Ausbildungsmarkt. Ausmaß, Ursachen und Handlungsempfehlungen“ 2014.